

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, und ich schließe deshalb die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir ab über die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/9596**. Der Ältestenrat empfiehlt wie beantragt die Überweisung dieses Antrags an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend –, an den **Ausschuss für Kultur und Medien** sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wie üblich soll die abschließende Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Auch der **Antrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/9591** soll überwiesen werden. Darüber stimmen wir jetzt ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend –, an den **Ausschuss für Kultur und Medien** sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe auf:

4 Mehr Pflegepersonal für eine menschliche Versorgung und Patientensicherheit

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9586 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Düngel das Wort. Bitte.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meinen Redebeitrag zunächst mit einem Dank beginnen, und zwar einem herzlichen Dank an alle Pflegekräfte da draußen, die tagtäglich – ich glaube, das ist Konsens in allen Fraktionen – einen großartigen Job unter teils sehr schwierigen, teils unmenschlichen Umständen erledigen.

(Beifall von den PIRATEN)

Mein besonderer Dank gilt an der Stelle natürlich denen, die heute hier draußen bei einer Mahnwache ausgehalten haben, die fast den ganzen Tag draußen vor der Tür gestanden haben. Vertreter al-

ler Fraktionen waren auch draußen vor Ort, die Ministerin war vor Ort. Wir haben uns alle einen Eindruck davon verschaffen können.

Leider waren nur sehr wenige Menschen draußen vor dem Landtagsgebäude. Das Thema selber hat, glaube ich, deutlich mehr Aufmerksamkeit verdient als die, die dieses Thema heute durch die Aktion allein bekommen hat. Nichtsdestotrotz auch euch draußen noch mal einen wahnsinnigen Dank dafür, dass ihr hier ausgehalten habt!

Auch wir Piraten möchten an der Situation der Pflegekräfte etwas verändern. Dafür haben wir in den letzten Tagen einen Antrag eingereicht, den wir heute hier beraten. Das ist aber nicht das Erste, was wir getan haben. Wir haben bisher an verschiedenen Stellen hier im Landtag auf die Probleme in der Pflege hingewiesen.

Im November 2012 hat mein Kollege Lamla darauf hingewiesen, wie dramatisch die Situation in der Pflege ist. Im Februar 2013 hat er das noch mal getan, hat den eklatanten Personalmangel in der Krankenhauspflege beklagt. Kollege Wegner hat im November 2013 auch wieder auf das Missverhältnis zwischen medizinischem und verwaltungstechnischem Personal hingewiesen. Im September 2014 hat er sich solidarisch mit der Aktion „Pflege am Boden“ gezeigt und lag selber symbolisch mit der Pflege am Boden.

Wir als Piraten haben in den letzten Tagen und Wochen eine Internetseite geschaffen unter <https://pflege.Piratenfraktion-nrw.de>. Wir wollen Pflegekräften eine Stimme geben. Wir geben dort Pflegekräften die Gelegenheit, Berichte aus ihrer täglichen Arbeit, teilweise auch anonym, preiszugeben, damit man sich auch einen Eindruck davon verschaffen kann.

In diesem Kontext verstehen wir unseren vorliegenden Antrag. Wir haben natürlich die Bemühungen auf Bundesebene zur Kenntnis genommen, sind aber letzten Endes zu dem Schluss gekommen: Dieses Thema Pflege, die Situation der Pflegekräfte braucht einfach noch wahnsinnig viel mehr Aufmerksamkeit. Wir als Landtag Nordrhein-Westfalen sollten da nicht hinten anstehen und sollten im Plenum und später auch in den Ausschüssen natürlich über dieses Thema weiter diskutieren.

Sie werden wahrscheinlich bei den folgenden Rednerinnen und Rednern hören, dass sich schon wahnsinnig viel getan hat, dass es schon wahnsinnig viele Anstrengungen gegeben hat, um die Probleme zu beseitigen. Frau Steffens wird nachher von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe berichten, welche Ergebnisse dort erzielt wurden.

(Ministerin Barbara Steffens: Werde ich das?)

Sie wird von einem Beschluss des Bundesrates berichten, vom Krankenhausstrukturgesetz und so weiter und so fort. Ich bin gespannt, wie Sie sich,

Frau Ministerin Steffens, dann insgesamt in der weiteren Debatte dazu verhalten. Denn nicht alle Forderungen – das wissen wir –, die die Grünen im Bund zum Beispiel stellen, sind in den Entwürfen, weder in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe noch im Bundesrat, tatsächlich so enthalten. Wir sind gespannt, wie es da weitergeht.

Fakt ist: Das Krankenhausstrukturgesetz, so wie es momentan vorliegt, entspricht nicht den Wünschen und Forderungen. Das sagen nicht nur wir, das sagen die Fachleute, das sagt ver.di, das sagt der DBfK, andere Berufsverbände. Da sind sich alle im Großen und Ganzen einig.

Ich komme jetzt zu unseren Forderungspunkten im Antrag. Darauf möchte ich kurz eingehen. Sie haben den Antrag gelesen. Wichtig für uns ist als einer der Kernpunkte: Wir brauchen eine verpflichtende Personalbemessung. Das ist eine Landesaufgabe bzw. eine Aufgabe, die das Land erledigen kann.

Wir brauchen kurzfristig mehr Geld von Bund und Land. Wir können uns nämlich alle hinstellen und sagen, dass die Situation in der Pflege schlecht ist. Wenn wir aber der Pflege nicht mehr Geld zukommen lassen, ist das alles völlig nichtig. Es wird Geld gebraucht. Jeder, der draußen mit den Pflegekräften gesprochen hat, der weiß das. Dazu sind zwei konkrete Forderungen drin. Die kennen Sie, haben Sie so weit gelesen.

Eine Forderung richtet sich an den Bund. Die können wir nur mit auf den Weg bringen. Was die Investitionskosten angeht, so sind das Landesmittel, die zur Verfügung gestellt werden können. Da fordern wir letzten Endes eine Verdoppelung der bisherigen Mittel.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Herr Präsident, ich komme langsam zum Ende.

Sie, Frau Steffens, haben dort einen großen Verantwortungsbereich bzw. einen großen Zuständigkeitsbereich, den Sie hier in der Landespolitik mit bewältigen und auf den Weg bringen können. Wir fordern Sie auf, in den Dialog zu gehen – das machen Sie zum Teil schon –, noch intensiver in den Dialog zu gehen. Ich habe draußen gehört, dass die Pflegekräfte nicht wissen, wie sie sich in die politische Debatte einbringen können.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege.

Daniel Dünkel (PIRATEN): Wir wollen das auf den Weg bringen und freuen uns auf die weitere Beratung im Ausschuss. – Ihnen allen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dünkel. – Für die SPD-Fraktion spricht als nächste Rednerin Frau Kollegin Lück.

Angela Lück (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Qualität der Behandlung in einem Krankenhaus hat im deutschen Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert. Daran hat die Pflege einen erheblichen Anteil. Deshalb, Herr Dünkel, finde ich auch die Überschrift des vorliegenden Antrages, gelinde gesagt, provokativ. Damit unterstellen Sie pauschal, die Krankenhäuser könnten keine bedarfsgerechte Pflege und Versorgung gewährleisten. Und die Pflegenden stellen Sie unter den Generalverdacht, menschliche Versorgung und Patientensicherheit zu gefährden.

Das ist ein Schlag ins Gesicht derer, die sich Tag für Tag und rund um die Uhr um ihre Patienten kümmern, auch wenn Sie sich eben hier vor Ort für deren Einsatz bedankt haben. Ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung sagen. Denn ich war mehr als 30 Jahre Krankenschwester in einem Fachkrankenhaus. Da war die Situation so, dass wir – egal, mit wie viel Personal wir bestückt waren – alles für die Patienten getan haben, was in unserer Macht stand, und wir haben oftmals auf einen geregelten Arbeitsalltag mit Pausen verzichtet.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber Herr Kollege Dünkel verspürt schon jetzt das Bedürfnis, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen. Lassen Sie dies zu?

Angela Lück (SPD): Das war mir klar.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Wenn es Ihnen klar war, interpretiere ich es so, dass Sie sie zulassen.

Angela Lück (SPD): Na klar.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Herr Kollege.

Daniel Dünkel (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Ich kann Ihren Vorwurf natürlich so nicht im Raum stehen lassen. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich in meiner Rede vorhin deutlich hervorgehoben habe, dass die Pflegekräfte unter schwierigen Bedingungen einen außerordentlich anstrengenden Job machen und dass die Überschrift unseres Antrags dem auch nicht widerspricht? Ganz im Gegenteil: Auch die Pflegekräfte sagen, dass sie mehr finanzielle Unterstützung, mehr Personal

brauchen, um auch in Zukunft eine vernünftige, menschliche Versorgung gewährleisten zu können.

Angela Lück (SPD): Herr Düngel, über den Fakt, dass wir einen Mangel an Pflegepersonal im Gesundheitswesen haben, besteht bei uns Konsens. Nur, die Überschrift, die Sie gewählt haben, impliziert, dass es im Moment keine menschliche Versorgung und keine Patientensicherheit gibt. Deshalb finde ich diese Überschrift sehr fragwürdig.

Ich möchte jetzt weitermachen; denn dann ergibt sich alles Übrige, was Sie in Ihrer Frage angesprochen haben.

Ich bin mehr als 20 Jahre aktiv in der Gewerkschaftsbewegung gewesen, und wir haben schon in den 1990er-Jahren bundesweit Aktionen gestartet, um den Pflegepersonalmangel in Deutschland zu beheben. Es hat auch auf der Bundesebene verschiedene Gesetze gegeben, und es haben Expertenkommissionen getagt. Es hat die Pflegepersonalregelung und das Gesundheitsstrukturgesetz gegeben.

Wir verzeichnen trotzdem immer noch einen großen Mangel an Pflegepersonal. Aber die Situation in der Pflege ist zum heutigen Zeitpunkt nicht neu. Ich wollte einfach deutlich machen, dass wir nicht erst seit Kurzem mit dieser Situation konfrontiert werden, sondern dass sie leider schon lange Zeit besteht.

Sie wollen mit Ihrem Antrag der Situation der Pflegenden begegnen und diese verbessern. Wenn man sich aber mit den Punkten auseinandersetzt, stellt sich die Frage, ob denn diese Maßnahmen geeignet sind, auf Landesebene den Pflegenotstand zu beseitigen.

In Ihrem Antrag fordern Sie erstens, die Landesregierung solle eine Expertenkommission einsetzen, um eine bedarfsgerechte Personalbemessung zu ermitteln.

Eine Expertenkommission in NRW könnte eine bedarfsgerechte Personalbemessung in der Pflege zwar ermitteln, aber es hätte gar keine Konsequenzen, da das in Deutschland bundeseinheitlich geregelt werden muss.

Und wie Sie sicher wissen – das haben Sie auch schon erwähnt –, sieht der Gesetzentwurf zum Krankenhausgestaltungsgesetz einen Pflegestellenförderplan vor. Zurzeit gibt es noch unterschiedliche Einschätzungen über die Höhe des Förderprogramms. So hat, wie Sie schon erwähnt haben, natürlich der Bundesrat erst einmal eine Verdoppelung der Fördersumme gefordert. Aber im Zuge dieses Gesetzes brauchen wir auch eine bundeseinheitliche Personalbemessung in der Pflege.

Zweitens fordern Sie die Erhöhung der Investitionskostenförderung.

Tun Sie das, um damit Personalkosten zu finanzieren? Sie wissen doch, Mittel der Investitionskostenförderung sind zweckgebunden und können nur für Investitionen und nicht für Personalkosten verwendet werden. Dass für die Krankenhäuser die Investitionsmittel nicht kostendeckend sind, ist bekannt, aber im Haushalt für 2016 wird die Summe der Investitionskosten in Nordrhein-Westfalen noch einmal auf 533 Millionen € hochgesetzt. Das bedeutet eine Steigerung um 18 Millionen € gegenüber 2015 und um 46 Millionen € gegenüber 2014.

In Nordrhein-Westfalen haben wir bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Die Einführung der Umlagefinanzierung in der Krankenpflegeausbildung im Jahre 2012 ist ein großer Erfolg. Seitdem ist die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege um 70 % gestiegen, und in Nordrhein-Westfalen stehen ca. 17.000 Ausbildungsplätze in der Altenpflege zur Verfügung, die wir auch jährlich finanzieren.

Dann komme ich zum letzten Punkt Ihrer Forderungen: Krankenhausträger und Krankenhausgesellschaft sollen Zielvereinbarungen unterschreiben und auskömmlich Personal einstellen.

Selbst wenn es solche Zielvereinbarungen geben sollte, ist ihr Erfolg doch fraglich, da es auch an ausgebildetem Pflegepersonal fehlt. Deshalb fordern wir – insofern ist es auch wichtig, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir die Situation in der Pflege verbessern können – eine Reform der Ausbildung. Wir brauchen eine gesicherte Finanzierung der Ausbildung, die für die Auszubildenden gebührenfrei ist. Wir brauchen Weiterbildung für Pflegefachkräfte. Wir brauchen eine Informations- und Imagekampagne, und vor allen Dingen brauchen wir eine leistungsgerechtere Bezahlung und ein besseres Image der Pflege.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Was wir auf Landesebene machen können – ich komme zum Ende, Herr Präsident –, möchten wir gerne im Ausschuss mit Ihnen diskutieren. Daher stimmen wir der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Lück, wir sind gar nicht so weit auseinander; das gilt auch für meine Rede. Es scheint so, dass sich die Große Koalition im Gesundheitswesen positiv auswirkt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD – Daniel Düngel [PIRATEN]: Begeisterung im Saal!)

Die behandelten Fälle für Pflegekräfte, wie Sie es auch erwähnt haben, haben zugenommen, aber ohne große Personalsteigerung. Die Anzahl der hochqualifizierten Ärzte ist gestiegen, und auch der Einsatz neuester Medizintechnik hat zugenommen. Doch der wichtige Bestandteil bei der Pflege und in der Pflege ist das Pflegepersonal, und da ist anzusetzen. Ich komme gleich darauf zurück, wie man dieses machen kann.

Das im Antrag aufgeführte Pflege-Thermometer bezogen auf die Zeit 2009 bis 2012 hat lediglich die Situation in allgemeinen somatischen Krankenhäusern untersucht; es kam aber zu keiner Verallgemeinerung auf alle Krankenhäuser.

Sie sagen in Ihrem Antrag auch, dass der Landtag feststellt:

„Die Sicherheit von Patientinnen und Patienten und ihre gute Versorgung sind nur mit mehr Personal zu gewährleisten.“

Nein, das stellt der Landtag nicht fest. Das würde nämlich bedeuten, dass die Sicherheit heute nicht gewährleistet ist, und diese Behauptung halte ich für nicht zutreffend und gefährlich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie fordern weiter:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ... eine Expertenkommission in NRW einzusetzen, die mit der Entwicklung einer bedarfsgerechten Personalberechnung für die Pflege beauftragt wird, um den zukünftigen finanziellen Bedarf abzubilden.“

Es handelt sich hier um ein bundesweites Problem, sodass eine Landesinitiative nicht zielführend ist.

Der Ansatz des Deutschen Pflegerates sollte überdacht und gegebenenfalls unterstützt werden. Ich zitiere Dr. Patrick Jahn, Leiter der Fachkommission DRG des Deutschen Pflegerates:

„Die Integration von Pflegebedarfsfaktoren in die DRG-Kalkulation ist der richtige Ansatz, um den tatsächlichen Pflegebedarf eines Krankenhauspatienten im Entgeltsystem besser abzubilden. ... Da es sich zudem um eine Weiterentwicklung innerhalb des bestehenden DRG-Systems handele, sei das Instrument zügig umsetzbar.“

Sie schreiben weiter:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ... mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Bundesregierung einzuwirken, dass das Pflegestellenförderprogramm ... zur kurzfristigen Unterstützung des Pflegepersonals von 660 Millionen € auf mindestens 2 Milliarden € angehoben wird.“

Es ist zunächst zu prüfen, inwieweit die bisher zur Verfügung gestellten Mittel abgerufen und verwen-

det worden sind. Eine pauschale Ausweitung ist mit Sicherheit nicht zielführend.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat im Dezember 2014 Eckpunkte für eine Reform vorgelegt, die nun in den Entwurf des Krankenhausstrukturgesetzes eingeflossen sind.

In der Vorlage wird Qualität als zentrales Kriterium bei der Krankenhausplanung eingeführt. Auch die Krankenhausvergütung soll sich an Qualitätsaspekten orientieren. So werden Zuschläge für eine gute Qualität gewährt, Abschläge drohen hingegen bei Qualitätsmängeln.

Neu aufgelegt wird ein Förderprogramm für Pflegestellen im Volumen von insgesamt 660 Millionen € in den Jahren 2016 bis 2018. Ab 2019 sollen dauerhaft 330 Millionen € pro Jahr bereitstehen, um den für die Krankenhausplanung zuständigen Ländern mehr Mittel in die Hand zu geben – Strukturfonds in Höhe von 500 Millionen € gespeist aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds. Auf diese Weise sollen voraussichtlich 6.350 neue Stellen geschaffen werden – nur für die Pflege am Bett. Die Länder sollen einen Beitrag in gleicher Höhe beisteuern, sodass 1 Milliarde € zur Verfügung stünden, die zum Ausbau von Überkapazitäten und zur Konzentration von Versorgungsangeboten genutzt werden.

Zum Schluss möchte ich noch aus einem Schreiben des Betriebsrates der Sozial-Holding der Stadt Mönchengladbach an Frau Ministerin Steffens zitieren: „Wir wollen und können so nicht mehr arbeiten. Die Arbeit macht uns krank im wahrsten Sinne des Wortes.“

Wir müssen den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Pflegeeinrichtungen und damit auch den Pflegebedürftigen helfen, und das bedeutet vor allem auch, dass diese Menschen personell entlastet werden. Das will der Bundesminister mit dem Krankenhausstrukturgesetz und auch mit dem Pflege-stärkungsgesetz II umsetzen.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Burkert. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Ünal das Wort.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wie andere Kolleginnen und Kollegen auch, hatte ich heute Gelegenheit, mit den Pflegenden vor dem Landtag über ihre Probleme zu diskutieren. Von hier aus möchte ich besonders die Familienangehörigen, die 70 % der Pflegeleistungen in der Altenpflege erbringen, und die professionellen Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlicher Einrichtungen begrüßen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Piraten haben mit ihrem Antrag sicher ein wichtiges Thema angesprochen. Allerdings sind die in ihrem Antrag geforderten Maßnahmen nicht geeignet, diesem Personalmangel – besonders im Bereich der Krankenhäuser – wirksam zu begegnen.

Ich möchte das mit zwei Beispielen verdeutlichen:

Die ausreichende Ausstattung von Krankenhäusern mit Personal ist eine bundesweite Problematik, die nur bundeseinheitlich gelöst werden kann. Anhaltspunkte für diese Lösung finden wir im Entwurf des Krankenhausstrukturgesetzes, der auf den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe von 2014 beruht.

Bereits jetzt ist vorgesehen, beim Bundesgesundheitsministerium eine Expertenkommission zu gründen. Das heißt, es hat keinen Sinn, auf der Landesebene eine Expertenkommission zu gründen, weil auf der Bundesebene diese Kommission auf der Planungsebene gegründet wird.

Diese Kommission muss auch den Pflegebedarf der demenzkranken Patientinnen und Patienten genau ermitteln. Dabei geht es auch um den Umgang mit den behinderten Menschen und darum, wie dies im DRG-System sachgerecht abgebildet werden kann. Im Moment werden nämlich besonders Demenzpatienten und schwer pflegebedürftige Menschen in der DRG-Abrechnung überhaupt nicht abgebildet. Das muss man aber ermitteln.

Allerdings bleibt festzuhalten, dass auch wir das im Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltene Pflegestellenförderprogramm in Höhe von 660 Millionen € alleine nicht für ausreichend halten. Deswegen hat der Bundesrat auf Initiative von NRW eine Verdoppelung dieser Mittel gefordert. Wir müssen jetzt abwarten, ob man mit diesem Sonderprogramm tatsächlich mindestens eine Notfalllösung finden kann. Deshalb ist der Bundesrat auch aktiv geworden, und wir unterstützen diese Vorgehensweise.

Sie haben es in Ihrem Antrag angesprochen: Die Investitionskostenförderung des Landes und die Personalkostenfinanzierung der Krankenkassen haben überhaupt nichts miteinander zu tun. Frau Lück hat auch die Investitionskosten des Landes erwähnt, die zweckgebunden auf jede Personalfinanzierung nicht angewandt werden können, weil die Personalfinanzierung über die DRGs und über die Krankenkassen läuft.

So gesehen bringen Sie alles durcheinander. Hier wird jetzt auch über Pflegepauschalen geredet. Man muss genau sagen, ob wir über Altenpflege oder über Pflege im Krankenhaus reden. Denn das sind unterschiedliche Bereiche. Die Zuständigkeiten sind

anders, und die Voraussetzungen und – ich glaube – auch die Bedingungen sind ganz anders, besonders in NRW.

Sie wissen auch, was unsere Landesregierung seit fünf Jahren besonders in der Altenpflege geleistet hat. Das möchte ich nicht wiederholen. Aber ich stimme natürlich der Überweisung in den Fachausschuss zu und freue mich, dass wir in dieser Differenziertheit im Fachausschuss diskutieren und hoffentlich gute Ergebnisse erarbeiten können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. Bitte bleiben Sie noch einen Moment vorn, lieber Kollege Ünal, weil sich kurzfristig, aber rechtzeitig – ich vermute – Herr Kollege Düngel für die Piratenfraktion zu einer Kurzintervention gemeldet hat. Sie kennen das Verfahren.

(Arif Ünal [GRÜNE]: Ja!)

Herr Düngel hat 90 Sekunden, und Sie haben dann 90 Sekunden zur Antwort. – Herr Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Ünal, wir finden es gut, dass über die Bundesratsinitiative die Mittel für das Pflegestellenförderprogramm noch einmal angepasst wurden. Vielleicht können Sie in Ihrer Erwiderung auf diese Kurzintervention noch darauf eingehen, dass selbst diese Verdoppelung der Mittel letzten Endes zwar gut ist, aber längst nicht ausreichen wird, um die fehlenden Stellen tatsächlich zu schaffen.

Zweitens will ich darauf eingehen, dass wir natürlich nicht diese unterschiedlichen Kostenpunkte vermischen. Wir wissen sehr wohl, wo die Gelder aus den verschiedenen Töpfen hinfließen. Frau Lück hat es vorhin auch schon gesagt. Fakt ist jedoch: In der jetzigen Situation werden in den Krankenhäusern aus anderen Töpfen Gelder abgezweigt, um diese Investitionen tätigen zu können, und diese abgezweigten Gelder fehlen dann für Personal.

Wir wollen diesen unterfinanzierten Topf des Investitionskostenzuschusses aufstocken, damit er ausreichend ist und die Gelder für Investitionen nicht abgezweigt werden müssen.

Arif Ünal (GRÜNE): Herr Kollege Düngel, vielen Dank für Ihre Intervention. Wir haben dieses Sonderprogramm tatsächlich als nicht ausreichend angesehen und haben eine Verdoppelung beantragt, das heißt ungefähr 1,2 Milliarden €. Sie verlangen in Ihrem Antrag 2 Millionen €. Wir könnten auch 3 Milliarden € sagen. Das sind willkürliche Zahlen, über die ich hier nicht diskutieren möchte. Das ist nur der Sonderfonds. Es muss durch eine Personalmessung festgestellt werden, wie man der Anzahl der

Fälle und der Verdichtung im Krankenhaus begegnen kann.

Wir haben seit 2004 mit der Einführung des DRG-Systems in Krankenhäusern erstens eine Verweildauersenkung größerer Art und zweitens Fallzahlsteigerungen erreicht, wodurch natürlich eine große Arbeitsverdichtung stattfindet. Aber wir können hier nicht pauschal behaupten, dass überhaupt kein Pflegepersonal entsprechend eingestellt worden ist.

Der kausale Zusammenhang, den Sie in Ihrem Antrag herstellen, ist nicht richtig. Vor dem Hintergrund gestiegener Fallzahlen sprechen Sie von zu wenig Personal und behaupten, darin läge eine Gefährdung der Gesundheit der Patienten, da Ihres Erachtens die Qualität der Pflege nur mit mehr Personal zu erreichen ist.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Das ist keine Behauptung!)

Ich kenne die Krankenhäuser. Zehn Jahre lang war ich im Aufsichtsrat der Städtischen Kliniken Köln. Ich bin im Beirat der Porzer Klinik. In diesen Kliniken haben wir jährlich sehr viele Pflegekräfte eingestellt, sodass die Sicherheit der Patienten nie gefährdet war. Doch wir brauchen natürlich mehr Personal, um dieser Arbeitsverdichtung begegnen zu können.

Der andere ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, jetzt sind die 90 Sekunden leider vorbei.

(Arif Ünal [GRÜNE]: Entschuldigung!)

Die Zeit fliegt davon.

Arif Ünal (GRÜNE): Es war die erste Intervention für mich. Deswegen habe ich mit der Zeit nicht aufgepasst! Es tut mir leid!

Wir werden in Ihrem Ausschuss ausführlich darüber diskutieren, ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Wunderbar!

Arif Ünal (GRÜNE): ... welche Detailprobleme wir in diesem Zusammenhang haben. Es ist nicht so einfach, es eins zu eins zu übertragen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. Soweit Kurzintervention und Entgegnung darauf. – Wir machen im regulären Verfahren weiter. Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Schneider. Bitte schön.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute haben wir den Aktionstag „Pflege am Boden“ draußen erlebt. Ich denke, dass die Piraten deshalb diesen vorliegenden Antrag stellen. Ich bin nur gespannt, ob Sie zum Beispiel Ihre Forderungen bei den Investitionsmitteln auch mit konkreten und realistisch gegenfinanzierten Anträgen in den Haushaltsberatungen untermauern.

Natürlich sind die Situation des Pflegepersonals und die Finanzierung unserer Krankenhäuser ernsthafte Probleme, über die zu debattieren sich wirklich lohnt.

(Beifall von der FDP)

Über 100.000 Pflegekräfte in den 364 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern leisten eine wirklich wertvolle Arbeit; ohne sie wäre die Versorgung der Patientinnen und Patienten nicht denkbar.

Liebe Piraten, Sie brauchen mir wirklich nichts über die Anforderungen und Arbeitsbelastungen zu erzählen, da einer meiner Berufsabschlüsse „Staatlich examinierte Krankenschwester“ lautet. Herr Ünal, dann kennt man die Krankenhäuser, ich glaube, nicht von Aufsichtsratsstätigkeiten und Beiratssitzungen. Die Krankenhäuser kennen Sie, wenn Sie ein paar Jahre in der Pflege gearbeitet haben. Das möchte ich Ihnen einmal mitgeben.

(Beifall von der FDP)

In der Tat hat der Kostendruck durch externe Faktoren wie Tarifabschlüsse oder die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinien bei den Ärztlichen Diensten dazu geführt, dass gerade die pflegerische Versorgung von Rationalisierung betroffen ist. So können die Steigerungen der Basisfallwerte den Anstieg bei den Personalkosten nicht mehr ausgleichen. Gerade aus diesem Grund sind Ausgleichsfaktoren wie zum Beispiel der Versorgungszuschlag eingeführt worden, die jetzt infrage gestellt werden.

Zudem führt die unzureichende Ausstattung mit Investitionsmitteln dazu, dass die Kliniken – wir haben es gehört – zunehmend Investitionen aus den Erlösen der Krankenversorgung finanzieren und damit noch weniger Mittel für Personal zur Verfügung stehen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass in den Krankenhäusern die Zahl der Beschäftigten in der Pflege trotz zwischenzeitlicher Sonderprogramme nicht angestiegen ist.

Aktuell gefährdet aber vor allem das Krankenhausstrukturgesetz der schwarz-roten Bundesregierung unsere Krankenhäuser. Wenn dieses Gesetz wie eingebracht verabschiedet wird, dann droht mittelfristig eine massive Schließungswelle bei den Kliniken in Nordrhein-Westfalen.

Zwar wird vorgegeben, für mehr Qualität an Krankenhäusern zu sorgen und den Pflegekräftemangel bekämpfen zu wollen, dabei werden aber in der Realität den Kliniken massiv Mittel weggenommen. So

soll der bereits erwähnte Versorgungszuschlag gestrichen werden, zudem gehen die Neuregelungen bei den Mengensteuerungen zulasten der Kliniken, auch werden die Kostensteigerungen bei den Notfallambulanzen nicht berücksichtigt. Insgesamt drohen Mindereinnahmen, die die vorgesehenen zusätzlichen Mittel des Pflegestellenförderprogramms deutlich übersteigen würden.

So lassen sich keine Verbesserungen beim Pflegepersonal erreichen. So wird letztlich durch den Kostendruck das Krankenhausstrukturgesetz zu einem Krankenhausschließungsgesetz.

Da reicht es nicht, wie die Piraten oder Prof. Lauterbach es tun, nur eine Anhebung des Pflegestellenförderprogramms zu fordern. Vielmehr ist zu verhindern, dass durch die genannten Instrumente den Kliniken so viele Mittel entzogen werden, dass die Krankenhäuser und ihre Träger komplett überfordert werden. Hier erwarte ich in den weiteren Gesetzesberatungen einen verstärkten Einsatz unserer Landesregierung und der Ministerin.

(Beifall von der FDP)

Und auch in einer weiteren wichtigen Frage ist das Land gefordert: In dem System der dualen Krankenhausfinanzierung sind die Investitionsfördermittel des Landes unverzichtbar, um eine qualitativ hochwertige Versorgung aufrechtzuerhalten und weiterentwickeln zu können.

Der Bedarf liegt nach Expertenmeinung – Herr Ünäl, bitte noch einmal zuhören – nicht bei 1,2 Millionen €, sondern bei 1,2 Milliarden €. Bei den drei Nullen muss man aufpassen. Tatsächlich beträgt der Haushaltsansatz aber nur rund 500 Millionen €. Insofern ist die Forderung nach einer Verdoppelung der Mittel nachvollziehbar. Angesichts der Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung und der aktuellen Haushaltslage ist nicht absehbar, wie diese realistisch umzusetzen ist. Da würde die FDP-Fraktion schon schrittweise Erhöhungen bei der Investitionskostenförderung begrüßen.

Der vorliegende Antrag greift zwar wichtige Probleme auf, aber gerade bei der Diskussion um das Krankenhausstrukturgesetz und seine Umsetzung springt er zu kurz. Wir werden auch die Landesregierung bei der Investitionsförderung und beim Strukturfonds nicht aus der Verantwortung lassen

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss und danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Steffens. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident, herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir über dieses Thema wieder einmal debattieren. Wenn wir die heutige Diskussion draußen mit den Demonstrierenden Revue passieren lassen, dann ist uns allen klar, wie die Situation in der Pflege ist.

Ich teile auch die Analyse der Piraten in ihrem Antrag, denn die Publikationen liegen mir auch vor.

Das heißt, die Situation in der Pflege ist dadurch angespannt, dass wir eine gestiegene Anforderung an die Pflegefachkräfte haben, dass wir kürzere Verweildauern haben, dass wir insgesamt mehr Patientinnen und Patienten und mehr multimorbide Patientinnen und Patienten und damit eine höhere Belastung haben bei einem gleichzeitig maximalen Bestand der Pflegekräfte, während wir parallel einen Anstieg des ärztlichen Personals feststellen.

Die Pflegekräfte fühlen sich oftmals überfordert, sie haben zu wenig Zeit, um auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten einzugehen. Gerade wenn die Patienten alt oder behindert sind, reicht es vorne und hinten nicht.

Im europäischen Verhältnis stehen wir mit dem Personalschlüssel im Verhältnis zu den Patienten relativ weit hinten. Wenn man sich das anschaut, gibt es in Deutschland eine Pflegekraft für 9,9 Patienten, in Norwegen ist es eine auf 3,7, in den Niederlanden eine auf 4,8. Das sagt viel darüber aus, wie viel wir hier an Nachholbedarf hätten. Das heißt, es ist nicht gut. Wir müssen etwas daran ändern, aber die Frage ist ja, wie und wer Abhilfe schaffen kann. Da kommen wir zu dem Punkt, an dem ich die Einschätzung der Piraten nicht mehr teile.

Ich denke, dass wir diese Entscheidung einheitlich auf Bundesebene treffen müssen. Wir als Land können auch viele Sachen, die Sie gerne hätten, nicht machen. Gerade eine Expertenkommission auf Landesebene hat nicht den Einfluss auf das, was auf Bundesebene umgesetzt wird.

In der Bund-Länder-AG, bei der ich anwesend war und über die ich – wie Sie eben gewünscht haben – kurz berichten soll, gab es einen Punkt, den ich auch entscheidend finde. Gerade die Situation der Pflege war für mich einer der wichtigsten Punkte in dieser Bund-Länder-AG. Da ist beschlossen worden, dass es eine solche Expertenkommission geben soll, die die sachgerechte Abbildung des notwendigen Pflegebedarfs wirklich versucht zu ermitteln.

Zwei Sachen sind meines Erachtens dabei wichtig: Das eine ist, dass endlich ermittelt wird, wie viel Pflege für einen durchschnittlichen Patienten entsprechend der erbrachten DRGs notwendig ist. Das Zweite, was wichtig ist, ist, wie viel Pflege eigentlich für die Menschen erforderlich ist, die schon mit Vorbelastungen, also mit Pflegestufen, Multimorbidität

und Demenz ins Krankenhaus kommen. Das ist in den heutigen DRGs nicht adäquat abgebildet.

All das soll eine solche Expertenkommission auf Bundesebene ermitteln, und wir brauchen dies auch bundeseinheitlich. Die Ergebnisse müssen hinterher auch vom Bundesgesetzgeber anerkannt werden. Aber ein solches Hearing für Nordrhein-Westfalen alleine halte ich für nicht sinnvoll, weil wir in Nordrhein-Westfalen lieber in die Entscheidungsstrukturen und Prozesse, die wir haben, die Menschen aus der Pflege einbinden – egal, ob in die AG nach § 17 WTG oder in die anderen Strukturen: Pflege wird immer mit eingebunden.

Ich komme nun zum Pflegestellenprogramm auf Bundesebene. Ich finde, es ist ein richtiges Signal, dass der Bund sagt: Ja, wir brauchen mehr Pflege, deswegen das Programm. – Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Darüber müssen wir uns im Klaren sein, wenn das ein, zwei, drei Pflegefachkräfte pro Krankenhaus sind, wird das nicht die Situation der Pflegefachkräfte nachhaltig entlasten. Der Bundesrat hat eine Verdoppelung dieses Programms beschlossen. Auch das wird nicht reichen. Es ist aber ein Signal, dass mehr Pflege notwendig ist. Viel mehr war im Bund, in dieser Bund-Länder-AG auch nicht drin.

Dann sprechen Sie die investiven Mittel auf Landesebene an. So, wie wir über Jahre hinweg erzählt bekommen haben, dass im Spinat viel Eisen enthalten ist, wird immer wieder davon gesprochen, dass dadurch, dass die Länder wenig investive Mittel haben, die Personalmittel, die in den DRGs vorhanden sind, in den Invest fließen würden. Dies ist eine Mär, es ist ein Gerücht, es ist so nicht nachzuweisen.

Wir haben vor allem auch Zahlen dazu, die auf Bundesebene ermittelt worden sind, wo ganz klar ist, dass die Schätzungen der DRG-Zuweisungen im Pflegedienst im Jahr 2012 bei 10,8 Milliarden € lagen.

Laut Statistischem Bundesamt lagen die Ausgaben bei 14,7 Milliarden €.

Das heißt, wir brauchen mehr Geld für die Pflege. Es wird mehr Geld in den Krankenhäusern für die Pflege ausgegeben, als überhaupt in den DRGs abgebildet worden ist. Also kann gar kein Geld mehr in den Invest gegangen sein. Nein, es ist sogar andersherum. In den DRGs ist nämlich auch ein Anteil an investiven Mitteln enthalten, der für die Instandhaltung der Substanz vorgesehen ist. Diese Mittel werden über den Sachhaushalt genauso für Personal ausgegeben wie die im DRG vorgesehenen Personalmittel.

Trotzdem stimme ich Ihnen zu: Ja, wir brauchen auch mehr Mittel im investiven Bereich. Deswegen haben wir dem Landtag im letzten Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgeschlagen, die Summe zu erhöhen. Auch in diesem Jahr haben wir mit dem Haushaltsentwurf 2016 eine Erhöhung vorge-

schlagen. Wir wollen auch den Strukturfonds mit Landesmitteln kofinanzieren, damit wir strukturelle Veränderungsprozesse im Land auch in investiven Bereichen voranbringen können.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion im Ausschuss, damit wir auch die Spinatfrage nachhaltig und dauerhaft für Nordrhein-Westfalen klären können. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/9586 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

5 Informationsfreiheit darf nicht an der Universitätstür Halt machen! – Landesregierung muss endlich für Transparenz sorgen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9589

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Kollegen Dr. Paul das Wort. Bitte.

Dr. Joachim Paul^{*)} (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier und zu Hause! Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Aber diese Freiheit entbindet nicht von der Treue zur Verfassung. Das will ich zu Beginn ausdrücklich unterstreichen; denn das bedeutet nicht, dass die Informationsfreiheit, die im selben Artikel des Grundgesetzes garantiert wird, ausgehebelt werden darf.

Das wollen wir mit unserem Antrag debattieren, der sich auf die bestehende Landesgesetzgebung bezieht. Anstoß waren die jüngst zurückliegende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Frage der Veröffentlichung des Kooperationsvertrages zwischen der Bayer AG und der Universität zu Köln und darüber hinaus ein Passus aus unserem Wahlprogramm 2012.

Wir Piraten sind der Auffassung, dass die Forschungsfreiheit an den Hochschulen gefährdet ist,